



*Gemeinde Roetgen
mit den Ortsteilen
ROETGEN-ROTT
u. **MÜLARTSHÜTTE***

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Nr. 37

Februar 96

Aus dem Inhalt:

Der Koloß von Rott

Bebauungsplanänderung gegen Riesenhäuser in Rott.

Busfahren in Roetgen

Preissenkungen führten bislang kaum zu Fahrgastzuwächsen.

Energie 2030

Windkraft in Bürgerhand.

Einbahnstraße Müllverbrennung

Fragen an Gerd Mai Umweltpol.Sprecher B.90/Die Grünen im Landtag

Frischer Wind für Ihren Garten

Über die Notwendigkeit von Laubsaugern.

Das Märchen vom Eigenbetrieb Forst

Grüner Haushalt 1995

Bahnschotter mit Diuron im Roetgener Wald

Nach Müll nun Gift im Wald.

"Der Koloß von Rott"

Im CDU Ortsinfo von Januar 1996 äußerte sich das Rotter CDU-Ratsmitglied Paul Dechamps zu einem an der Roetgener Straße geplanten Neunfamilienwohnhaus. Er fragt, warum sich die Gemeinde und der Rat die Bau- und Planungshoheit durch den Kreis nehmen ließen, ob das "Riesenhaus" dem Bebauungsplan entspreche und, wenn hiervon abgewichen wurde, ob man die betroffenen Nachbarn hierzu gehört habe. Die Äußerungen von Herrn Dechamps veranlassen mich, den Sachverhalt um das geplante "Riesenhaus" und eines Bürgerantrages auf Änderung des Bebauungsplanes aufzuzeigen:

Kein Widerspruch zum Bebauungsplan

Über das Bauvorhaben beriet der Bauausschuß bereits in seiner Sitzung am 30.5.95. Die Verwaltung wies seinerzeit in ihrer Vorlage darauf hin, daß das Bauvorhaben dem Bebauungsplan entspreche, was auch nur vom Kreis geprüft wird. Es kann daher keine Rede davon sein, daß der Gemeinde die Planungshoheit durch den Kreis genommen wurde. So waren auch die Nachbarn nach dem Gesetz nicht zu beteiligen.

Der von der Gemeinde Roetgen in den 70er Jahren aufgestellte Bebauungsplan stimmt jedoch in keiner Weise mit dem ländlichen Charakter des Ortes überein und orientiert sich an einer vorstädtischen Bebauungsdichte. Bei geschickter Ausnutzung ist sogar noch ein deutlich größeres Gebäude als das geplante 9-Familienhaus möglich.

Bürgerantrag abgeschmettert

Aufgeschreckt durch das geplante "Riesenhaus" stellte daher bereits wenige Wochen später ein Rotter Bürger einen Antrag an die Gemeinde. Ziel des Antrages war es, den Bebauungsplan so zu ändern, daß nur Gebäude zulässig sind, die sich hinsichtlich ihrer Größe der vorhandenen Bebauung anpassen. Es bestand berechnete Hoffnung, daß dieser Antrag bei allen Fraktionen Unterstützung finden würde, denn das geplante Riesenhaus paßte keinem so richtig. Die FDP hatte sich sogar noch im vergangenen Oktober in ihrem "Freien Brief" gegen den "Koloß von Rott" ausgesprochen und über ihren Antrag auf Änderung der Bausatzung berichtet.

Doch hierzu kam es nicht! Die Gemeindeverwaltung zog im Bauausschuß alle Register, um den Bürgerantrag abzuschmettern. In der Verwaltungsvorlage hielt sie zunächst eine Bestandsaufnahme erforderlich, um die Notwendigkeit einer Gebäudereduzierung beurteilen zu können, zog dann aber bereits den Schluß, daß für eine Bebauungsplanänderung kein städtebaulicher Bedarf vorhanden sei. Und schließlich seien ja auch noch Ingenieurkosten in erheblichen Maße zu erwarten. In der Sitzung legte die Verwaltung noch eins drauf: es seien ja nur noch wenige Grundstücke unbebaut und außerdem Entschädigungsansprüche nicht auszuschließen.

Grüne standen allein

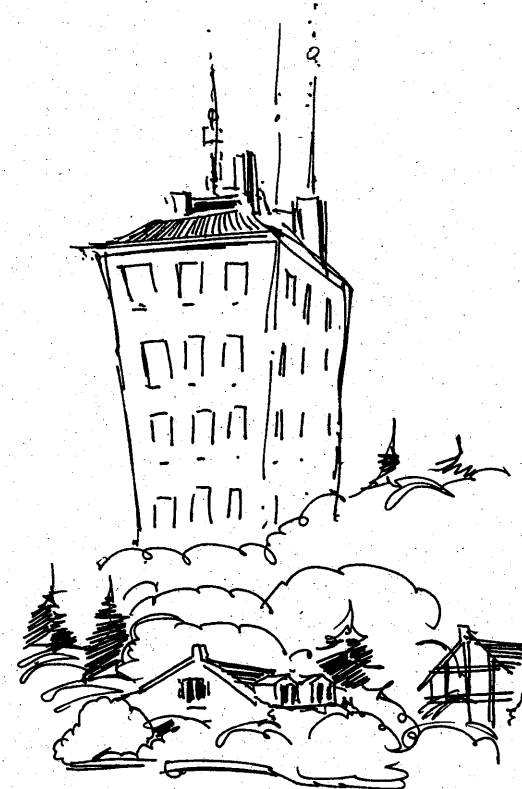
Daß ein im Rotter Bebauungsplangebiet z. B. mögliches 13-Familienhaus sich in den Ort nicht einpaßt, bedarf sicherlich keiner weiteren städtebaulichen Untersuchung und auch keiner Bestands-

aufnahme. Und kosten die vielen anderen Bebauungsplanänderungen innerhalb der Gemeinde etwa kein Geld? Außerdem befinden sich in diesem Bebauungsplanbereich noch ca. 25 unbebaute Grundstücke, und schließlich ist jeder "Koloß" eine Verschandelung des Ortsbildes. Zu den im Bürgerantrag enthaltenen konkreten Ausführungen, daß wegen Ablauf einer im Baugesetzbuch verankerten 7-Jahresfrist Entschädigungsansprüche nicht zu erwarten seien, schwieg die Verwaltung.

Doch die Ausführungen der Verwaltung verfehlten ihre Wirkung nicht: Die FDP zog noch in derselben Sitzung ihren im "Freien Brief" angekündigten Antrag zurück, und in der anschließend folgenden Abstimmung stimmte nur die GRÜNE Ratsvertreterin für den Bürgerantrag.

Wenn dieses Beispiel Schule macht, kann Rott sich in Zukunft die Teilnahme am Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden", getrost sparen.

Katharina Ständer



Verkehr

Busfahren in Roetgen

Preissenkungen führten bisher kaum zu Fahrgastzuwächsen

Warum fahren eigentlich sowenig Roetgener mit dem Bus nach Aachen? Die Buspreise sind zu hoch und die Angebote zu schlecht! Das sind die häufigsten Argumente, die man hört, wenn über den öffentlichen Personennahverkehr auch in unserer Gemeinde geschimpft wird.

Wir GRÜNEN meinen allerdings, daß es sich lohnt, etwas genauer hinzuschauen:

Zu hohe Preise?

Worüber nämlich niemand spricht, ist die Tatsache, daß z. B. die Buspreise für die

am häufigsten verkaufte Strecke 'Aachen - Roetgen' im vergangenen Jahr im Monats-tarif von 119,- DM auf 80,- DM um sage- undschreibe ein Drittel gesunken ist.

Eine wesentliche Auswirkung auf den morgendlichen Berufsverkehr konnte ich als Busnutzer - nach dieser, meiner Meinung nach einmaligen Preissenkung - allerdings nicht feststellen.

Wenn ich nachrechne, würde ich bei einer täglichen PKW-Nutzung für die Fahrt zu meinem Aachener Arbeitsplatz ca. den fünffachen Preis bei realen 0,52 DM/km aufbringen.

Somit wäre das Argument des viel zu teuren ÖPNV zumindest für Roetgen ausgeräumt.

Die Preise für Einzelfahrten werden übrigens ab dem 1.6.1996 ebenfalls radikal sinken. Eine einzelne Busfahrt wird dann statt derzeit 5,80 DM vor- aussichtlich 3,40 DM kosten.

Hoffentlich wird dann die Fahrt mit der ökologischeren Alternative endlich auch in Roetgen zum Tragen kommen, weil auch dann der/die gelegentliche Busnutzer/in merkt, daß der Bus garnicht mehr sooo teuer ist.

Schlechtes Angebot?

Auch das Angebot ist unseres Erachtens zumindestens für die Einwohner unserer Stammgemeinde (ohne Rott und Mullartshütte) nicht so schlecht, wie immer

wieder orakelt wird. Der Schnellbus (163) von Roetgen nach Aachen benötigt fast genau die gleiche Zeit, die ich mit meinem PKW für die Strecke benötige. Wenn ich die Zeit für lästige Parkplatzsuche abziehe, allemal. Eine stündliche Verbindung, (die in den Abendstunden natürlich noch spärlicher belegt ist) läßt natürlich zu wünschen übrig....

Aber wenn wir ehrlich sind, wäre eine Busnutzung zu den regelmäßigen Terminen auch mit diesen Verbindungen zu organisieren, selbst wenn die Abendfahrt dann halt mal mit dem Auto gemacht wird. Der Einsatz der Busse muß natürlich umgekehrt auch in einer Relation zur Nutzung desselben stehen.

Im Übrigen gestehe ich mir zum Einkaufen oder, wenn ich auf dem Weg zum Arbeitsplatz noch andere Dinge zu erledigen habe, die Fahrt mit dem PKW zu. Wir sollten aber alle im Hinterkopf behalten, daß dies zum Schutz unserer Umwelt nicht zum Regelfall werden darf.

Für den Fahrplanwechsel 1997 stehen für die Kommunen Monschau, Simmerath und Roetgen voraussichtlich die Ergebnisse einer gutachterlichen Untersuchung zur Verfügung, die analog zum anstehenden Fahrplanwechsel für die meisten Kommunen im Aachener Nordkreis für erhebliche Angebotsverbesserungen gesorgt haben. Hier bleibt zu hoffen, daß spätestens dann auch die Ortsteile Mulartshütte und Rott besser ans Busnetz angebunden werden können und darüberhinaus auch noch eine Angebotsverbesserung in Roetgen durchgeführt werden kann.

Eine hoffentlich durch die weitere Senkung der Buspreise steigende Nutzung wird sich gegebenenfalls auch auf Angebotsverbesserungen für die Roetgener Bürger auswirken können. Wir GRÜNEN werden uns hier weiterhin einsetzen.

Volker Wiegand-Majewsky

(Der Autor ist Fraktionsgeschäftsführer der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Vorsitzender des Zweckverbandes Aachener Verkehrs-verbund, AVV)



ENERGIE 2030 - Windkraft in Bürgerhand

ENERGIE 2030 ist ein länderübergreifender Verein von Umweltverbänden aus drei Nationen im Herzen Europas: Belgien, Deutschland und Luxemburg. Er wurde im Oktober 1992 im Anschluß an eine Studienfahrt der Raupe V.o.E. zu Windkraftanlagen Dänemarks gegründet. Mittlerweile sind diesem Zusammenschluß 6 Vereine aus Belgien, 5 aus Deutschland und ein luxemburgischer Verein beigetreten. Aus Deutschland können die Vereine WIND e.V., Windenergie Nordeifel und Eifelwind auf praktische Erfahrungen mit der Nutzung der Windenergie zurückgreifen. Aus Belgien gehören dazu: Abelpha, Aves-Ostkantone, Les compagnols d'éoles, Terra Ostbelgien, Wendepunkt und "Die Raupe", eines der

Gründungsmitglieder. Eine der größten Umweltschutzorganisationen Luxemburgs, Mouvement écologique, konnte als Vertreter für das Großherzogtum gewonnen werden.

Das Ziel des Vereins ist, eine umweltverträgliche Energieversorgung zu betreiben, ein Bewußtsein für den Energieverbrauch und die Energieherstellung in die Bevölkerung zu tragen und die weitere Ausbreitung umweltfreundlicher Technologien zu fördern.

Die Genossenschaft

ENERGIE 2030 ist auch der Name einer

Genossenschaft, die von Mitgliedern des Vereins gegründet wurde, um konkrete Projekte wie z.B. den Bau von Wind- oder Solarkraftwerken umzusetzen.

-Erstes Projekt von ENERGIE 2030 ist die Windkraftanlage Herhahn III, die seit Oktober 1995 arbeitet.

-Gerade im Bau ist eine Photovoltaikanlage auf einem denkmalgeschützten Haus in Aachen.

-Die erste Windkraftanlage in Belgien soll voraussichtlich im Herbst 1996 in St. Vith errichtet werden.

-Das Umwelt- und Dritte-Welt-Haus in Aachen, An der Schanz 1, wurde von ENERGIE 2030 mit einem zinsgünstigen Kredit zur Wärmedämmung des Daches unterstützt.

-Eine zweite Photovoltaikanlage wird von der Solar-Initiative an der RWTH Aachen geplant und soll in Zusammenarbeit mit ENERGIE 2030 verwirklicht werden.

Alle Projekte werden durch die Genossenschaft bzw. die Kapitaleinlagen ihrer Gesellschafter finanziert. Mehr als 130 GesellschafterInnen aus Belgien, Deutschland, den Niederlanden und Luxemburg haben sich bis heute mit Beträgen zwischen DM 500 und 15.000 an der Genossenschaft beteiligt.

Ökologisch verträgliche Stromerzeugung

Eine Beteiligung an einer Windkraftanlage oder einem Solarkraftwerk verspricht keinen hohen wirtschaftlichen Profit. Eine höhere Rendite als eine Bank kann ENERGIE 2030 deshalb leider nicht versprechen. Der Grund für Investitionen in die Genossenschaft wird deshalb meistens die

Einsicht sein, daß regenerative Energieversorgung dringend notwendig ist. Die beteiligten Menschen haben so die Sicherheit, daß ein Teil des von ihnen verbrauchten Stromes ökologisch sinnvoll produziert wird. Sie leisten damit einen Beitrag dazu, daß auch noch ihre und unsere Kinder und Enkel in einer lebenswerten Welt leben können.

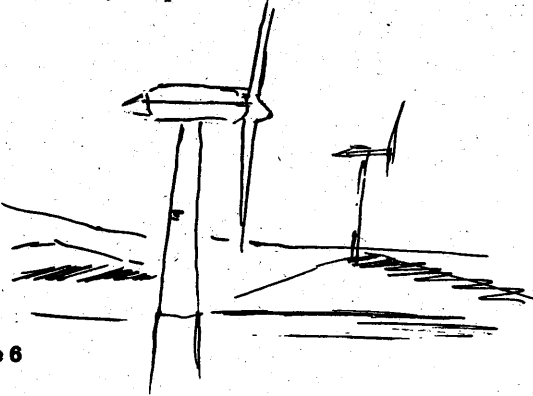
Information: ENERGIE 2030, Im Grüntal 18a, 52066 Aachen, Tel. 0241/575383

Helmut Hardy, geschäftsführender Verwaltungsrat
Christa Heners, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Übrigens: Am 15. März 1996 ist ENERGIE 2030 in Roetgen.

Der Arbeitskreis Energiewende lädt ein zu einem Informationsabend mit zwei Geschäftsführern der Genossenschaft. Alle, die sich gerne persönlich über ENERGIE 2030 informieren wollen, sind herzlich willkommen, daran teilzunehmen.

Beginn ist 20.00 Uhr im Katholischen Pfarrheim, Hauptstr. 49.



Einbahnstraße Müllverbrennung

Fragen an Gerd Mai
Umweltpolitischer Sprecher
Bündnis 90/Die Grünen im Landtag NRW

1 Frage: Herr Mai, die frühere SPD-Regierung wollte die nordrhein-westfälischen Abfallprobleme des Landes lösen, indem sie den Kommunen und Kreisen den Bau einer Vielzahl neuer Müllverbrennungsanlagen verordnete. Was hat sich seit der Landtagswahl 1995 unter Rot/Grüne geändert?

Von den sieben noch im letzten Jahr geplanten Hausmüllverbrennungsanlagen (MVA) wurden inzwischen sechs Vorhaben aufgegeben. Zuletzt hat der Dortmunder Stadtrat seine MVA-Planungen gestoppt. Das hat sicherlich mit den Koalitionsvereinbarungen zu tun, die eine restriktive Bedarfsprüfung und die Zulassung biologisch-mechanischer Abfallbehandlungsanlagen auch in Nordrhein-Westfalen ermöglichen. Lediglich die große Koalition von SPD und CDU in der Stadt Köln will noch eine MVA bauen, obwohl es preisgünstigere und umweltschonendere Alternativen sowie große Überkapazitäten in den Anlagen benachbarter Städte gibt.

2. Frage: Die GRÜNEN versuchten jahrelang, die Müllverbrennungsanlage in Weisweiler zu verhindern, wie es scheint, vergeblich. Welche Möglichkeiten einer ökologischen wie ökonomischen „Schadensbegrenzung“ von Landesseite sehen Sie, falls die Inbetriebnahme der

Anlage nicht doch gerichtlich verhindert wird?

Die Landesregierung kann wegen der grundgesetzlich geschützten kommunalen Selbstverwaltung und den Bestimmungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes eine Kommune, die - wie die Stadt Köln - gegen jede Vernunft in Sachen Müllverbrennung mit dem Kopf durch die Wand will, nicht daran hindern. Teile von CDU und SPD in Kreis und Stadt Aachen geben heute zu, daß die Müllverbrennungsanlage Weisweiler eine Fehlplanung ist, die dazu führen wird, daß die Abfallgebühren in den Gemeinden der Aachener Region explodieren werden. Die Gebührenschaube kann aus Sicht des Landes nur gebremst werden, wenn es zu einer regionalen Kooperation kommt, die - den Aufbau zusätzlicher Verbrennungskapazitäten verhindert, - biologisch-mechanische Behandlungsverfahren konzeptionell einbezieht, - einen Transport auf dem Bahnweg ermöglicht und - einen gerechten Gebührenaussgleich zwischen den Kooperationspartnern beinhaltet.

Ein von Umweltministerin Bärbel Höhn eingerichteter „runder Tisch“, eine Projektgruppe mit VertreterInnen aus Kommunen, Bezirksregierungen, Unternehmen, Wissenschaft und Umweltverbänden, hat den Auftrag, hierzu schnellstmöglich eine Konzeption zu erarbeiten. Die schlechteste aller

Lösungen wäre ein unkontrollierter Müllimport in die Weisweiler Anlage, der mit den vorliegenden Vorschlägen zur Privatisierung droht. Deshalb sollten die Vorgaben der Projektgruppe vor weiteren Beschlüssen in Aachen unbedingt abgewartet werden.

3. Frage: Welche vordringlichen abfallpolitischen Ziele wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bis zum Ende der Legislaturperiode mit der rot/grünen Koalition im Lande erreichen?

Zum einen ist das Landesabfallgesetz zu novellieren. Im Hinblick auf das Kreislaufwirtschaftsgesetz des Bundes gilt es, im Sinne einer ökologischen Abfallwirtschaft die drohenden negativen Auswirkungen für NRW in Grenzen zu halten. Gleichzeitig soll die Einführung einer flächendeckenden Kompostierung vorangetrieben werden. Die Abfallberatung - insbesondere im Gewerbe - wollen wir intensivieren und Anstrengungen zur Abfallvermeidung müssen finanziell stärker belohnt werden. Die Umweltministerin wird wohl auch ein neue Sonderabfallkonzept vorlegen. Nach der Aufgabe der sechs geplanten Sondermüllverbrennungsanlagen sehe ich nunmehr auch den Verzicht auf die geplanten Sondermülldeponien in den Regierungsbezirken Münster, Arnsberg und Köln - also auch auf die bislang vorgesehenen Sondermülldeponien in Hürth und Linnich-Boslar - in greifbarer Nähe. Die Prognosen des Öko-Instituts für die GRÜNE Landtagsfraktion, daß die Sonderabfälle in NRW um rund 40% vermieden werden können, sind realistisch.



Umwelt

Frischer Wind für Ihren Garten

Gedankennachlese zum Herbst

Herbst

*Die Blätter fallen, fallen wie von weit,
als welkten in den Himmeln ferne Gärten,
sie fallen mit verneinender Gebärde.
Und in den Nächten fällt die schwere Erde
aus allen Sternen in die Einsamkeit.
Wir alle fallen, diese Hand da fällt.
Und sieh dir andre an: es ist in allen.
Und doch ist Einer, welcher dieses Fallen
unendlich sanft in seinen Händen hält.*

Rainer Maria Rilke

Vermutlich haben wir fast alle, egal aus welcher Generation, dieses Gedicht in der Schule auswendig gelernt. Ich persönlich sah dabei tatsächlich dieses schwebende Herniederfallen der Blätter vor mir und spürte den Zusammenhang dieser Vorgänge mit dem eigenen menschlichen Dasein.

Als Kind liebte ich die bunten Blätter, weil man sich damit bewerfen und durch hohe Haufen hindurchrascheln konnte. Heute liebe ich sie, weil sie das Gesicht der Straßen und grauen Einfahrten beleben und weil sie das Gefühl vermitteln, daß auch die Erde sich zudeckt, um für die kalte Jahreszeit gerüstet zu sein. Kleine Insekten können unter dieser Decke Schutz suchen und so den eisigen Frost überleben. Und auch für Gehölze und Bäume bietet die Decke Wärme.

Nun gibt es ein neues Gartengerät, natürlich in Amerika erfunden, dort wo die Rasenflächen noch endlos sind und der Mann sein Glück zwar nicht mehr auf dem Rücken der Pferde, dafür aber auf dem Sitz des Rasentraktors findet:

Den Laubsauger - mit oder ohne Häcksler.

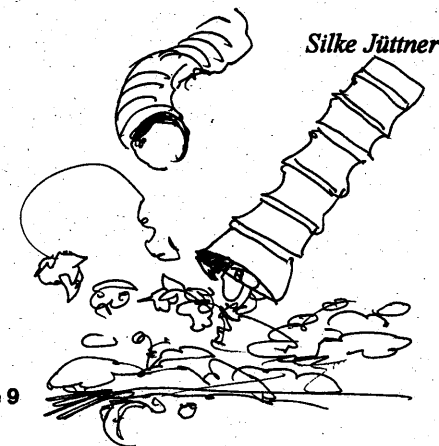
Dieses Gerät schafft endlich Ordnung, Insekten, Spinnen und andere Kleintiere eingeschlossen. Keine leidige, anstrengende, ständig vom Wind ad absurdum geführte Laubhorterei mehr, nein, ein souveränes Aufsaugen, frei nach der Devise: Hauptsache Ordnung und Sauberkeit.

Der Garten wird zum Wohnzimmer, die Natur wird nicht begriffen als lebendiges

Zusammenwirken vieler Faktoren, sondern nur noch als Gebrauchsobjekt für den Menschen. In der Stadt, in der glitschiges Laub auf den Gehwegen eine Gefahr darstellt, und es außerdem weniger Natur gibt, in der man die Blätter einfach liegen lassen kann, mag der Einsatz eines solchen Gerätes noch ansatzweise sinnvoll sein, aber in Roetgen wird er für mich zum Ausdruck der typischen Bequemlichkeitshaltung der Industrienationen.

Mal ganz platt gesagt - andere Völker haben noch nicht mal elektrisches Licht und wir vergeuden kostbare Energie dafür, die Gärten und Einfahrten „porentief rein“ zu halten. Nebenbei machen diese Dinger auch noch sehr lästigen Lärm, der zu den anderen Geräuschen, deren Vielzahl und Dauer die Menschen allmählich krank macht, hinzukommt.

Die Veränderung der Umgebung durch den Wechsel der Jahreszeiten gehört für mich zum Schönsten und Eindrücklichsten überhaupt und erinnert mich daran, daß auch der Mensch diesem Wechsel von Aufblühen, Werden und Vergehen unterworfen ist. Wir sollten uns dieser Möglichkeiten des Innehaltens nicht immer mehr selbst berauben.



Das Märchen vom Eigenbetrieb Forst

Schon in alter Zeit bildete der Wald eine gewaltige Quelle für Sagen und Erzählungen, mit denen das Volk sich an langen dunklen Winterabenden unterhalten konnte, die ihm aber ab und zu kalte Schauer über den Rücken jagten. Wir hier in Roetgen haben bekanntlich viel Wald und deshalb noch immer das Glück, neue Märchen und Sagen zu hören, Also, hört gut zu:

Es war einmal vor ein paar Monaten im Hauptausschuß der Gemeinde Roetgen, daß sich der Gemeindedirektor von seinen Ausschußmitgliedern einen eigenen Eigenbetrieb wünschte, d.h. eigentlich sogar zwei, einen für Abwasser und einen für Forst.

Den Eigenbetrieb Forst, mit dem sich dieses Märchen beschäftigt, wünschte er sich weil „die Forstbewirtschaftung in der Vergangenheit wegen hoher und im Einzelfall nicht ohne weiteres und von vornherein schlüssig nachvollziehbarer Ausgaben im Ergebnis unwirtschaftlich“ erschien.

Zwar kommt alle Jahre wieder der gemeindliche Forstbeamte (wenn er denn darf) in den entsprechenden Ausschuß und erläutert (wenn man ihn denn läßt) aufs gründlichste den Forstwirtschaftsplan und stellt sich den Fragen der Ausschußmitglieder. Aber das reicht wohl nicht?!

Na ja, der Hauptausschuß wollte den

Wunsch des Gemeindedirektors nicht gleich erfüllen und beauftragte die Verwaltung zunächst, mehr Informationen einschließlich Zahlen einzuholen.

Im Oktober 1995, in einer gemeinsamen Sitzung des Bau- und des Umweltausschusses wurden viele Informationen, aber leider gar keine Zahlen vorgetragen. Ein Vertreter der GmbH, die später dem Eigenbetrieb beratend (und bezahlt) zur Seite stehen wird und die jährlichen Gebühren kassiert, referierte ausführlichst über die Vorteile eines Eigenbetriebes. Einen Vertreter von Eigenbetriebsgegnern gab es natürlich nicht.

Der Gemeindedirektor berichtete, daß alle für den Eigenbetrieb Forst sind: die Kommunalaufsicht, die Arbeitsgemeinschaft deutscher Waldbesitzer und die Landesforstverwaltung.

Seltsamkeiten

Seltsam war nur, daß unsere Nachfragen bei all diesen Stellen das genaue Gegenteil ergaben. Seltsam auch, daß ein Kommentar zum Landesforstgesetz von hochrangigen Beamten des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eindeutig zu dem Schluß kommt, daß ein kommunaler Forstbetrieb nicht als Eigenbetrieb geführt werden kann. Seltsam auch, daß in ganz NRW nur ein Forstamt mit diesem Eigenbetriebskonzept arbeitet und auch das nur aufgrund besonderer Umstände. Seltsam auch, daß der gemeindliche Forstbeamte nur im Zuschauerraum anwesend sein durfte, obwohl er doch sicher aus seiner Sicht und Kompetenz einiges dazu hätte sagen können. Aber so sind Märchen. Es gibt ja

auch keine echten Hexenhäuser.

Vorsicht: Umfallender F.D.P.ler

In dieser Sondersitzung hat das Wünschen dem Gemeindedirektor nur zur Hälfte geholfen. Er bekam einen Eigenbetrieb Abwasser, die Einrichtung des Forsteigenbetriebs lehnten die Ausschüsse ab. Aber wirklich entscheiden darf ja nur der Rat. Und hier geschah nun, wie so oft im Märchen zwei Wochen später das Wunder: Die FDP, in der Sondersitzung noch fest der Meinung, ein Eigenbetrieb Abwasser sei erstmal genug, mit dem Forst könne man ja später mal schauen, genau diese FDP machte einen wundersamen Gesinnungswandel durch und bestätigte die alte Märchenweisheit, daß das Wünschen schon hilft, wenn man nur hartnäckig genug ist (und einseitig genug informiert). Auch einige SPDler nutzen die Gunst der geheimen Abstimmung und kochten ihr eigenes Süppchen. Herr Rosenbaum darf endlich Werksleiter seiner Eigenbetriebe werden. Und wenn er nicht gestorben ist...

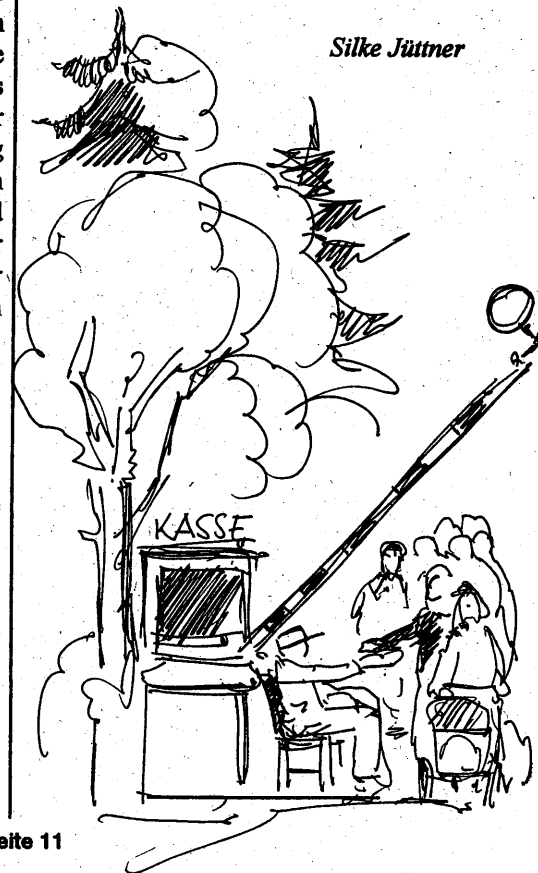
Gebühren für die Waldbenutzung?

Halt, warum will er das eigentlich? Wie soll ein Forstbetrieb wirtschaftlich arbeiten, bei schwankenden Holzpreisen, wenigen Einnahmequellen und hohen investiven Kosten für Wiederaufforstung, Erhalt von Fremdenverkehrseinrichtungen, Umweltschutzmaßnahmen zur Rettung des Waldes, Gatterung gegen Wildverbiß wegen zu hohem Wildbestand? Indem

man diese Investitionen ganz oder teilweise streicht, wie im letzten Forstwirtschaftsplan auf Anweisung des Gemeindedirektor geschehen? Indem man Gebühren für die Waldbenutzung erhebt, wie für den Kanal? Oder indem man das „Tafelsilber“ des Gemeindewaldes abholzt und für den Ausgleich der Jahresbilanz verramscht? Wir dürfen gespannt sein auf die wunderbaren Lösungswege des Ludwig Rosenbaum.

Aber Trotzdem..., weil uns das alles so märchenhaft erscheint, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch einmal bei der Kommunalaufsicht anfragen, ob das alles seine Richtigkeit hat mit den Geschichten aus dem Roetgener Wald.

Silke Jüttner



Grüner Haushalt 1995 (Auszug)

EINNAHMEN

Beitragseinnahmen	1.645,00
Spenden	150,00
Spenden der Ratsmitglieder aus der Aufwandsentschädigung (Diäten)	13.470,00

VERWENDUNG

Abführung Mitgl.-beitr. an Kreisverband	1.645,00
Geschäftsbetriebskosten	1.693,62
Allgemeine politische Arbeit / Wahlkampf grüne Veranstaltungen, „Grünes Blättchen“	6.305,49
Zuschüsse und Spenden an Dritte	5.257,50

Zuschüsse und Spenden an Dritte

	444,50	Zuschüsse zur Nutzung Windel service
Alternativladen	54,00	
	600,00	Tschernobyl Ferienkinder
Spielplatz Hauptstr.	600,00	
	1.000,00	Waldorfkindergarten
Grundschulfest	409,00	
	600,00	Spielplatz Schleebach
Grenzlandtheater	50,00	
	500,00	Kindertanzgruppe „United“
Kindertanzgruppe „Children of the world“	500,00	
	300,00	Asylbewerber, Überführ. zwecks Bei setzung
eine Theatergruppe	200,00	
	5.257,50	

Reich werden kann man als Ratsmitglied nur an Erfahrung. Derzeit werden monatlich folgende Aufwandsentschädigungen gezahlt: DM / Monat

Ratsmitglieder.....	310,—
Fraktionsvorsitzende, Fraktion	bis 10 Mitglieder..... 930,—
stellv. Frakt.-vors., „.....“	ab 10 "..... 620,—
Fraktionsvorsitzende,	ab 10 "..... 1.240,—
erster stellv. Bürgermeister.....	1.240,—
der Bürgermeister.....	1.550,—

Die Grünen geben traditionell einen erheblichen Teil Ihrer Entschädigung ab. Wer sich dennoch mit Ideen, aber auch kritischer Auseinandersetzung in der Sache, einbringen möchte, ist zur Mitarbeit jederzeit eingeladen. Unsere Fraktionssitzungen finden in unserem Fraktionsbüro, in der Gemeinde, jeweils montags vor den entsprechenden Sitzungen z. Zt. um 20.⁰⁰ statt.

Weitere Informationen und Termine erhalten Sie gerne über den

Ortsvorstand	Christa Heners,	Tel. 27 56
	Manfred Jollet,	Tel. 6 51
	Silke Jüttner,	Tel. 28 73
	Britta Lamm,	Tel. 6 56

Fraktionsvorsitzenden:	Gerd Pagnia, Tel. 49 53
stellv. Vorsitzende	Ingrid Karst-Feilen, Tel. 5 13

Leserbrief

Liebe LeserInnen,

seit einigen Wochen genieße ich den Windelservice. Unser drittes Kind ist jetzt 8 Monate alt und seit dem 1. Lebenstag mit Stoffwindeln gewickelt. Zuerst benutzte ich meine eigenen Windeln und nun seit drei Monaten die des Windelservice. Die Windeln sind sauber und gepflegt. Jeden Freitag kommt eine Ladung saubere Windeln und die benutzten werden mitgenommen. Vom Windelservice bekamen wir, für die Aufbewahrung der gebrauchten Windeln, eine Oscartonne zur Verfügung gestellt. Ich genieße es, keine Windeln waschen und aufhängen zu müssen und unsere Mülltonne nicht überläuft.

Die Kosten für den Windelservice entsprechen unseren Kosten für Wegwerfwindeln. Selbst wenn in Phasen überdurchschnittlicher Nutzung der Windelservice etwas teurer ist, habe ich in jedem Fall meinen Beitrag zur Müllvermeidung geleistet.

Ich wünsche mir und uns, daß noch mehr Familien den Windelservice nutzen. Dieser bietet darüber hinaus auch sämtliches Zubehör, Wollwäsche, Felle und Kleidung für Kinder.

Heike Hosse

Termine:

Gemeinderat

19.03.96
07.05.96
18.06.96
08.10.96
10.12.96

Haupt-Finanz- Beschwerdeausschuß

12.03.96
23.04.96
04.06.96
24.09.96
26.11.96

Bauausschuß

23.01.96
27.02.96
14.05.96
02.07.96
10.09.96
05.11.96

Bildungs-, Jugend-, Sozial- und Sportaus- schuß

13.02.96
21.05.96
17.09.96
12.11.96

Umwelt-, Fremdenver- kehrs- und Forstaus- schuß

06.02.96
27.08.96
19.11.96

Werksausschuß

einmal vierteljährlich
nach Bedarf.
Sitzungsbeginn:
18.00Uhr

Impressum

Verantwortlich: Gerd Pagnia

Namentlich oder durch Kürzel gekenn-
zeichnete Beiträge liegen in der Verantwor-
tung der Autorinnen und Autoren.

Redaktionsschluß: 31.1.96

Auflage: 2800 Exemplare

Bahnschotter im Roetgener Wald

Vor Weihnachten 1995 bekamen wir einen Hinweis, daß beim Waldwegebau in Roetgen im direkten Einzugsbereich der Dreilägerbachtalsperre Bahnschotter verwendet würde. Wir sind der Sache nachgegangen, bekamen aber die Auskunft, daß es sich um unbedenkliches Material handle und keineswegs um Bahnschotter. Nachdem sich aber die Hinweise verdichteten, daß es sich trotzdem um Schotter handle, haben wir eine Probe durch ein Aachener Institut entnehmen lassen, das die Proben dann umgehend zu einem Labor für Rückstandsanalytik in Bremen geschickt hat, mit dem Auftrag nach Rückständen von Pestiziden zu suchen.

Totalherbizide im Wald.

Anfang des Jahres bekamen wir das Ergebnis:

0,11 mg/kg Feststoff TG Atrazin
und 0,39 mg/kg Feststoff TG Diuron

Von Diuron wissen wir, daß es sich um ein "Totalherbizid" handelt, das bei Anwendung zur vollständigen Vernichtung aller Pflanzen führt. Wegen der Gefährlichkeit des Stoffes hat sich die Bundesbahn jetzt bereit erklärt, diesen Stoff nicht mehr zu verwenden.

Solche Stoffe haben schon im "normalen" Bereich nichts zu suchen, noch viel weniger aber im sensiblen unmittelbaren Einzugsbereich einer Trinkwassertalsperre. Alles wird getan, um das Wasser so rein wie möglich in die Talsperre zu bringen.

Nur in der Gemeinde Roetgen ist man anscheinend der Meinung, daß das wohl nur für andere Kommunen gilt.

Nachdem das Gemeindeprüfungsamt auch auf diesen Vorfall aufmerksam gemacht worden ist, hat sich die Untere Wasserbehörde und auch das Wasserwerk des Kreises Aachen eingeschaltet und sucht nun nach Möglichkeiten, den Schaden zu begrenzen.



Der Schuldige?

Wir wissen noch nicht, wer der Schuldige für diesen skandalösen Vorgang ist. Tatsache ist jedoch, daß der Bauausschuß am 4. Juli 1995 die Vergabe des Auftrages beschlossen hat, in dem aber nur von einem Mineralgemisch und in keinem Fall von Recyclingmaterial die Rede gewesen ist.

Wer also ist dafür verantwortlich, daß belasteter Bahnschotter verwandt wurde? Der oder die Schuldigen müssen für den

enormen Schaden, der durch die Nachlässigkeit oder Verantwortungslosigkeit entstanden ist, haftbar gemacht werden.

Liegt der Fehler bei der Gemeindeverwaltung oder hat der Stolberger Unternehmer, der das Material geliefert hat, die Gemeinde hinters Licht geführt.

Tatsache ist nun, daß fast ein halbes Jahr vermutlich belastetes Wasser aus den Wegenseitengräben in die Dreilägerbachtalesperre geflossen ist, bevor durch Maßnahmen der unteren Wasserbehörde, die Wasser erst einmal umgeleitet worden sind, wohin, darf man sich natürlich auch fragen!

Sache für den Staatsanwalt.

Unserer Meinung ist dieser Tatbestand eine Sache für den Staatsanwalt, die wir durch unseren Anwalt prüfen lassen werden.

Es ist schade, daß unser Ort immer wieder durch Umweltverschmutzungen jeglicher Art von sich reden macht, vor allem im Wald. Jeder normale Bürger würde mit Strafanzeigen überzogen, wenn er ähnlich handeln würde. Diesen Maßstab muß man auch bei jeder Kommune anlegen.

Gerd Pagnia

Letzte Meldung aus der Sitzung des Landschaftsbeirats am 12.2.96:

Eine öffentliche Müllhalde im Roetgener Wald wird es nicht geben. Der

Landschaftsbeirat hat "einstimmig" beschlossen, den Antrag der Gemeinde den Grabenaushub in den Wald zu verbringen, abzulehnen. Der Wald wurde als besonders ungeeignet für die Entsorgung des Materials bezeichnet.

Auch auf mögliche Müllrückstände wurde vom Landschaftsbeirat hingewiesen.

Sie können daran erkennen, daß man außerhalb von Roetgens Grenzen, genau derselben Auffassung wie die Roetgener Grünen sind, nämlich, daß unser Wald zu schade ist, um für Entsorgungsnotstände der Gemeinde herhalten zu müssen.

Sonst könnte es sein, daß der Roetgener Werbespruch: "Roetgen, rundum Wald" in "Roetgen, rundum Müll und Bahnschotter" umbenannt werden muß.

Gerd Pagnia

